



Newsletter SPD-Fraktion im Kreistag

Nr. 18 - Mai 2014



**Ein Seismograph für
die Nöte der
Menschen**

Zu Gast beim mitgliederstärksten Sozialverband im Kreis, dem VdK, war der Arbeitskreis Soziales der SPD-Kreistagsfraktion. Rund 2800 Ratsuchende wurden im Jahr 2013 durch den Kreisverband des VdK in allen Angelegenheiten des Sozialgesetzbuches beraten.

Die geschulten ehrenamtlichen Berater arbeiten kostenlos für die Mitglieder des VdK. Eine Erstberatung kann jeder in Anspruch nehmen. Wird eine Angelegenheit vor Gericht ausgefochten, steht die Rechtsabteilung des VdK-Bezirksverbandes mit professionellem Rat zur Verfügung und vertritt die Mitglieder vor den Gerichten.



v.l.n.r. Yvonne Tech-Klühspies, Walter Fontain, Edgar Keller (Beisitzer Kreisvorstand VdK), Serpil Sarikaya, Norbert Schultheis, Ingeborg Fischer, Karl-Heinz Stier und Reinhold Rackensberger (Stellv. Vorsitzender VdK Kreis Offenbach)

„Gerichtsentscheidungen werden insbesondere bei Erwerbsminderungen aufgrund psychischer Beeinträchtigungen immer häufiger notwendig“, berichtete der VdK Kreisvorsitzende Bernd Koop. Besonders die Krankenkassen machten dabei Druck.

„Der Abbau der Rentenberatungsstellen in den Kommunen war in den letzten Jahren nur symptomatisch für den Abbau von sozialen Anlaufstellen in den Rathäusern,“ so Koop, gleichzeitig müssten aber die Sozialverbände immer häufiger für die Nutzung kommunaler Räume bezahlen. Dass z.B. der VdK mit seinen Beratungen die Kommunen entlaste, werde dabei vollkommen ausgeblendet.



v.l.n.r.: Brigitte Domes (Schriftführerin im Kreisvorstand VdK) Bernd Koop (Kreisvorsitzender VdK), Dirk-Gene Hagelstein (Beisitzer im Kreisvorstand VdK), und Yvonne Tesch-Klühspies

Ein Schwerpunkt des Gesprächs war auch die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in den Kreiskommunen. Dabei seien die Kommunen nicht konsequent. Alle seien zwar bemüht, aber oftmals fehle eine grundsätzliche Herangehensweise an Projekte und Maßnahmen. Der VdK könne dabei beratend tätig werden und bestehende Lücken benennen. ○



**Leserbriefe an:
SPD@kreis-
offenbach.de**



Wir bauen Brücken:

SPD-Kreistagsfraktion im Gespräch mit Ehrenamtlichen zur Flüchtlingsarbeit in Mühlheim am Main

Wer politischer und religiöser Verfolgung entkommen ist oder versucht hat, aus Kriegsgebieten seine Familie zu retten, verliert seine Heimat und wird unfreiwillig zum Flüchtling. Im Kreis Offenbach werden Menschen aus Afghanistan, Eritrea, Irak und Pakistan aufgenommen. Über ihre Lebenssituation informierte sich der Fraktionsarbeitskreis Integration unter Leitung von Thomas Przibilla in Mühlheim. Dabei interessierten die Vertreterinnen und Vertreter der SPD-Kreistagsfraktion insbesondere die zivilgesellschaftliche Hilfe für die Flüchtlinge.



v.l.n.r.: die engagierte Mühlheimer Bürgerin Eleonore Blöcher, Karl-Heinz Stier, der Vorsitzende des Sozialausschusses des Kreistages Günter Lachmund, Rolf Wenzel, Heinz Eyßen, Gerd Hibbeler, Ingeborg Fischer, der Vorsitzende des Ausschusses des Kreistages für Integration Thomas Przibilla, Projektkoordinator Bernd Klotz, die zuständige Sozialarbeiterin des Kreises für Mühlheim Ingrid Koch, Yvonne Tesch-Klühspies

Gesprächspartnerin war Sozialarbeiterin Ingrid Koch vom Fachdienst Jugend, Familie und Soziales des Kreises Offenbach, die einen Überblick über die Situation der Flüchtlinge in Mühlheim gab. Der ehrenamtliche Projektkoordinator Bernd Klotz stellte das Konzept einer Initiative

unter dem Motto „Wir bauen Brücken“ vor. Die zahlreichen Veranstaltungen hätten deutlich gemacht, wie das sensible Thema „Unterbringung von Flüchtlingen“ positiv ins Stadtgespräch gebracht werden kann. Klotz berichtete, dass sich inzwischen schon ein dreißigköpfiger Freundeskreis gebildet habe, der in kleinen Arbeitsgruppen den Flüchtlingen konkret zur Seite steht. Eleonore Blöcher von den Engagement-Lotsen berichtete, auf welche Hilferufe und Bitten die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer antworten, damit die Lage der Flüchtlinge weiter verbessert werden kann. Die Kreistagsabgeordneten zeigten sich beeindruckt von der Hilfsbereitschaft, die von vielen Mühlheimerinnen und Mühlheimern gezeigt wird: Sachspenden, Alltagshilfen, wie Begleitung zu Behörden-gängen, Sprachunterricht und vieles mehr werden für die Unterkunft in der Lessingstraße angeboten und angenommen. Ein weiteres Thema des Gesprächs war die Wohnsituation der Flüchtlinge und die notwendige Vernetzung der Hilfsangebote mit Mühlheimer Organisationen. ○



**Kreishandwerker
blicken
zuversichtlich auf
das laufende
Geschäftsjahr**

„Die Handwerkerschaft blickt zuversichtlich in die Zukunft“, mit diesem Ergebnis endete das alljährliche Gespräch zwischen Handwerksvertretern und dem Vorstand der SPD-Kreistagsfraktion.

So konnten Kreishandwerksmeister Wolfgang Kramwinkel und sein Stellvertreter Frank Willkomm von vollen Auftragsbüchern in allen Innungsbereichen berichten. Insbesondere das niedrige Zinsniveau beeinflusse das Konsum- und



Investitionsverhalten der Verbraucher. Zusätzlich habe der milde Winter die Konjunktur positiv begünstigt. Der Geschäftsführer der Kreishandwerkerschaft Uwe Czupalla geht davon aus, dass diese Hochkonjunkturphase nachhaltig anhält.



v.l.n.r.: Kreishandwerksmeister Wolfgang Kramwinkel, Rolf Wenzel, Geschäftsführer der Kreishandwerkerschaft Uwe Czupalla, Yvonne Tesch-Klühspies, Stellv. Kreishandwerksmeister Frank Willkomm, SPD-Fraktionsvorsitzender Werner Müller, Günter Lachmund, Gisela Schmalenbach, Gerd Hibbeler, Ingeborg Fischer, Stell. SPD-Fraktionsvorsitzender Jürgen Kaiser

So habe der Geschäftsklimaindikator den höchsten Wert seit 1990 erreicht, Zeichen für einen Abschwung seien derzeit nicht in Sicht. Vor dem Hintergrund der guten Geschäftslage befürchten die Handwerker in naher Zukunft bereits einen Fachkräftemangel.

Unzureichendes Interesse von Seiten des Nachwuchses kombiniert mit der Rente nach 45 Beitragsjahren und dem demografische Wandel verstärken das Problem, gute Fachkräfte akquirieren zu können. Zudem kritisierten die Handwerksvertreter die Kürzung von Fördermitteln im Hauptschulbereich. Positiv wurde die Zusammenarbeit mit ausbildungswilligen Jugendlichen aus den krisengeschüttelten EU-Ländern Südeuropas beurteilt. Zwar seien insbesondere Sprachbarrieren problematisch, die Integration der jungen Südeuropäer gelinge dennoch sehr gut. ○

Eine Schule, die zum Schüler kommt.



Im Kreishaus sitzt die Leiterin einer Schule mit 38 pädagogischen Fachkräften, die kein Schulgebäude benötigen. Ihr Name: Dezentrale Schule. Ihre Aufgabe: Gemeinsam mit den Lehrkräften an den "normalen" Schulen Schülerinnen und Schüler fördern, die in den Bereichen emotionale oder soziale Entwicklung solche Defizite aufweisen oder psychisch krank sind, dass der weitere Besuch der Regelschule gefährdet ist.

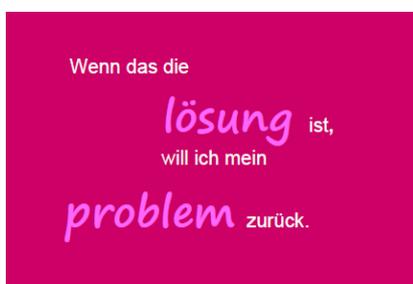
Seit zehn Jahren gibt es diese Schule, lange bevor die Forderung nach Inklusion zum schulpolitischen Katalog fast aller Parteien wurde.

Die Leiterin der Schule, Edeltraut Ehlert, überraschte den Arbeitskreis Schule der SPD-Kreistagsfraktion nicht mit der Tatsache, dass es die Schule gibt, aber mit der Feststellung, dass ca. 20% aller Schülerinnen und Schüler einen unterschiedlichen Förderbedarf aufweisen, den die Dezentrale Schule abdecken kann. So arbeiten die Fachkräfte - Förder-schullehrInnen, SozialpädagogInnen, KunsttherapeutInnen und ErzieherInnen - an zur Zeit 50 Schulen im Kreis, fördern ca. 120 Kinder intensiv oder erreichen mit ihren Angeboten 500 weitere Kinder.

Bei der Analyse der Ursachen konnte der Vorsitzende des Arbeitskreises Jürgen Kaiser nur zustimmen: Die Erziehungsunsicherheiten nehmen zu, und diese Feststellung gilt für alle Bevölkerungsschichten. Doch die Schule kann Erfolge vorweisen. Ein Drittel der Förderbedarfe wird pro Jahr wieder aufgehoben. Dies kann allerdings nur gelingen, weil Schule und Jugendhilfe eng und gut verzahnt zusammenarbeiten. Das Expertenwissen der Schule wird auch



bei einem weiteren Fortschreiten der inklusiven Angebote an den Regelschulen weiter erforderlich sein, denn kein Förderlehrer, keine Förderlehrerin kann für alle Fälle die richtigen Lösungen erarbeiten. „Wenn es die Schule weiterhin schafft, kollegial und vertrauensvoll mit den Schulen im Kreis zusammenzuarbeiten und trotzdem den „Blick von Außen“ in diese Zusammenarbeit einbringen kann, besteht keine Veranlassung, das erfolgreiche Modell einzustellen,“ so Jürgen Kaiser in seinem Bericht an die Kreistagsfraktion. ○



„Ohne Chancen und passende Antworten ergeben sich keine

Zukunftsperspektiven für unsere Zielgruppe,“ so das Resümee von Mechthild Rau, Vorstand des Suchthilfeszentrums Wildhof, in einem Gespräch mit dem Arbeitskreis Soziales der SPD-Kreistagsfraktion. Ihre Zielgruppe sind Menschen jeden Alters mit Suchtproblemen, bei denen die Gefahr besteht, dass ein regelmäßiger Tagesablauf aufgrund ihrer Sucht nicht mehr möglich ist oder bei denen dieser Zustand schon eingetreten ist. Daneben liegt ein Schwerpunkt der Arbeit von Wildhof in der Prävention auf allen Gebieten.

Die Offenbacher Arbeitsgruppe Wildhof e.V., so der vollständige Name, ist in den siebziger Jahren aus einer Basisinitiative von Abhängigen entstanden. Der Weg zu dem anerkannten Träger der Suchthilfe in Stadt und Kreis Offenbach wurde von der SPD über vier Jahrzehnte kritisch fördernd begleitet. Die jetzt gefundene professionelle Struktur des Vereins wird durch die Kommunen des Kreises und durch die

Stadt Offenbach garantiert, die allesamt Mitglied des Vereins sind. Das sichert auch den Zugang des Vereins zu den politisch aktiv Handelnden in den Kommunen. Mit einem Jahresumsatz von 1,63 Mio € und 28 festangestellten Mitarbeitern nebst einigen Aushilfen ist der Verein breit aufgestellt und der Ansprechpartner im Kreis bei Suchthilfefragen.

Kernstück des Angebotes ist die Beratung in den beiden Suchthilfeszentren in Offenbach und Dietzenbach, die werktags immer besetzt sind. Fachdienste mit unterschiedlichen Schwerpunkten und entsprechenden Einrichtungen runden das Hilfeangebot ab.

Konsum von Alkohol, illegale Drogen, legale Medikamente bis zur Abhängigkeits-Erkrankung, sowie pathologische Spielsucht sind die Themen, die bearbeitet werden. Spektakuläre Anlässe, wie beim Rosenmontagszug 2014 in Seligenstadt, bei dem insgesamt 13 Jugendliche mit Alkoholvergiftung in Krankenhäuser eingeliefert werden mussten, rufen die Wildhof-MitarbeiterInnen auf den Plan vorbeugend tätig zu werden.

„Wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, unabhängig davon ob dies ein einmaliger Ausrutscher war oder schon aufgrund dauerhaften Konsums von Rauschmitteln, dann kann man den Betroffenen nicht einfach nur sagen, was gut oder schlecht ist. Der logische Arbeitsansatz ist, mit den Klienten gemeinsam Maßnahmen zu entwickeln, die notwendig sind, und die die Einsicht in den Sinn dieser Maßnahmen fördern,“ sagt Mechthild Rau. Abschließend stellte Günter Lachmund, der Vorsitzende des Kreissozialausschusses, fest: „Der Kreis kann glücklich sein über einen so kompetent und professionell geführten Suchthilfeträger zu verfügen, der sich immer erneuert und dabei veränderten Problemstellungen im Suchtbereich gestellt hat.“ ○



**Fraktion
im
Gespräch:**

**Mit Fraport-Arbeitsdirektor
Michael Müller**

Über die derzeitige Beschäftigungssituation am Frankfurter Flughafen informierte sich die Kreistagsfraktion Anfang Mai bei Fraport-Arbeitsdirektor Michael Müller und seinem Mitarbeiter Frank Cornelius. Angesichts des wachsenden Luftverkehrs bleibt der Airport weiterhin prosperierender Arbeitgeber für die Rhein-Main-Region. Auf Grund der guten Erreichbarkeit und seiner Lage im Zentrum Europas ist FRA insbesondere als internationale Drehscheibe der Flugwirtschaft von Bedeutung. Unter Einbeziehung der direkten und indirekten Effekte hängt am Flughafen eine Wertschöpfung von etwa

neun Milliarden Euro – jeder dreißigste Euro des Bruttoinlandsprodukts Hessen wird am Airport umgesetzt. Dies zieht auch entsprechende Beschäftigungseffekte nach sich, ca. 78.000 Arbeitnehmer finden hier direkt eine Existenzgrundlage. Im etwa zweistündigen Gespräch erörterten Gäste und Gastgeber unter anderem die Arbeitsbedingungen und die Sozialstruktur der Beschäftigten. Zur Sprache kamen auch Ausbildungsanstrengungen und besondere Sozialleistungen des Fraport-Konzerns. Kritisch beleuchtet wurde die Tarifpolitik der Sparten-Gewerkschaften (z.B. Cockpit), die im Großteil zu Lasten der wenig qualifizierten Beschäftigten im Fraport-Konzern geht.

**Der nächste Newsletter erscheint am
14.7.2014.**



In der Eingangshalle des neuen Fraport-Verwaltungsgebäudes v.l.n.r.: Kai Gerfelder, Heinz Selbel, Fraport-Arbeitsdirektor Michael Müller, SPD-Fraktionsvorsitzender Werner Müller, Yvonne Tesch-Königsle, Gerd Hübner, Serpil Sarıgaya, Bürgermeister Jürgen Hoffmann, Rolf Wenzel, Norbert Schulthels, Fraport-Mitarbeiter Frank Cornelius

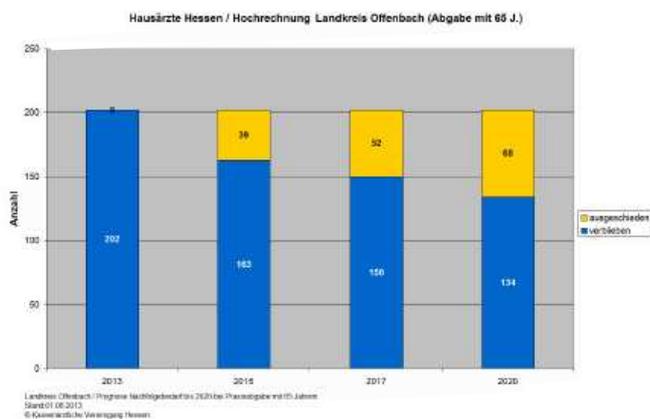


Regionaler Gesundheitsreport deckt Lücken in der Versorgung auf

Das Hessische Ministerium für Soziales und Integration und die Kassenärztliche Vereinigung Hessen haben unter dem Titel Regionaler Gesundheitsreport 2014 eine Broschüre vorgelegt, die Daten der Gesundheitsversorgung und der Versorgung im pflegerischen Bereich für den Kreis Offenbach zusammenfasst und einen Ausblick auf die Versorgung in den Jahren bis 2020 gibt.

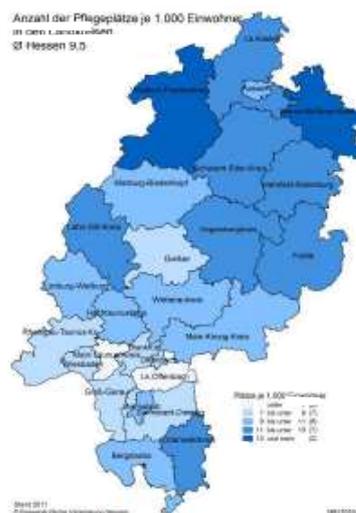


Zusammengefasst lässt sich feststellen: Das Angebot an ärztlicher Versorgung im Landkreis ist noch ausreichen, noch. Schon mittelfristig entstehen größere Lücken in der Versorgung, insbesondere weil viele niedergelassene Ärzte das 65. Lebensjahr erreichen.



Prognose Nachfolgebedarf bis 2020 bei Praxisaufgabe mit 65 Jahren

Die Praxen können zwar von ihnen weitergeführt werden, ob dies allerdings geschieht, ist nicht klar. Und was geschieht, wenn diese Ärzte keine Nachfolger/Nachfolgerin finden, steht auch noch in den Sternen.



Anzahl der Pflegeplätze je 1000 Einwohner - Kreis OF unter 7 = Schlusslicht in Hessen, Hessen \ominus 9,9

Insgesamt gibt der Report einen Überblick sowohl über die hausärztliche wie über die fachärztliche Versorgung und die Versorgung mit Pflegeeinrichtungen im Kreis Offenbach für die nächsten Jahre und beschreibt das Szenarium für das Jahr 2020.

Eine interessante Lektüre nicht nur für jeden Kommunalpolitiker.

Der Report ist sowohl auf der Homepage des Hessischen Sozialministeriums wie auf der Homepage der kassenärztlichen Vereinigung abrufbar.



Leserbriefe an:
SPD@kreis-offenbach.de